

Prof. Dr. J. Schnell, GenLt a.D.

Universität der Bundeswehr München
Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften
- Sicherheits- und Militärökonomie -
- Streitkräftemanagement -

Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg

Juergen.Schnell@unibw-muenchen.de
Gabriel.Straub@unibw-muenchen.de

Tel. 0 89/ 60 04 - (0) 22 97



FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND
ORGANISATIONSWISSENSCHAFTEN
- SICHERHEITS- UND MILITÄRÖKONOMIE -
- STREITKRÄFTEMANAGEMENT -

Neubiberg, den 14.12.2000

WAS BLEIBT IM PROZEß DER WEHRREFORM NOCH ZU TUN? VON UNGELÖSTEN PROBLEMEN UND UN- KLAREN PERSPEKTIVEN

VORTRAG GEHALTEN AM 17.12.2000

**AN DER
EVANGELISCHEN AKADEMIE IN LOCCUM**



Meine Damen und Herren,

bevor ich zu dem Thema selbst komme, will ich das herausstellen, was ich an der gegenwärtigen Bundeswehrreform positiv sehe.

Positive Aspekte der Wehrreform

Zu den positiven Aspekten gehört zunächst der fähigkeitsorientierte Ansatz, der im BMVg nach dem Vorliegen der politischen Vorgaben gewählt und konsequent verfolgt wurde.

Es sind zum zweiten dann die daraus abgeleiteten internen Strukturentscheidungen, die ich in ihrer Gesamtheit als richtig ansehe. Dies gilt auch für die Personalstruktur innerhalb der neuen Eckwerte. Ich halte es für richtig, daß grundsätzlich an der Wehrpflicht festgehalten wird, eine deutliche Erhöhung des relativen Anteils an Freiwilligen vorgesehen ist und bei den Freiwilligen Schwerpunkte bei Ausbildung und Attraktivität gesetzt werden.

Und positiv sehe ich - drittens - auch, daß es im Streitkräftenmanagement neue und frische Impulse gibt und jedenfalls von der Absicht her ein innovatives Management erkennbar ist, das es so bisher noch nicht gab.



Im Rahmen der politischen Vorgaben wurde also sehr viel Positives entwickelt und im Rahmen des Möglichen in Richtung einer Optimierung vorangetrieben.

Das darf allerdings nicht den Blick darauf verstellen, daß vom Gesamtplanungsansatz her gegen einen wichtige Grundsatz jeder Streitkräfteplanung - insbesondere bei einer Reformplanung - verstoßen wurde.

Auf dem Tisch lagen zunächst nicht die aufgaben- und fähigkeitsorientierten Analysen, sondern die Sparkurs- Vorgaben der Bundesregierung, die von Anfang an die neuen Eckwerte schon weitgehend festlegten. Der richtige Weg hätte umgekehrt sein müssen -erst die Aufgaben- und Fähigkeitsanalysen und danach dann die Ableitung und Ermittlung der Eckwerte und des Finanzbedarfs. Wer nicht so handelt, kommt in eine Situation wie die gegenwärtige - der EPl 14 reicht nicht aus, um die Reform zu finanzieren, und dann ist die Suche nach neuen Finanzierungsquellen mit ungewissem Ausgang unvermeidbar. Das ist nicht gerade das, was man sich für eine Reformplanung wünscht.



Ungelöste Probleme und unklare Perspektiven

Dies führt nun unmittelbar zu dem gestellten Thema - ungelöste Probleme und unklare Perspektiven und: Was bleibt noch zu tun?

Was die ungelösten planerischen Probleme anbetrifft, so will ich diese in drei pointierten Thesen zusammenfassen, die als Ganzes aber zusammengehören.

Das erste Problem ist die bereits häufig angesprochene Finanzierung. Hier lautet meine These: „Die neue Struktur bzw. die Reform ist mit den vorgesehenen Finanzmitteln nicht angemessen finanzierbar. Absehbar ist ein Fehl von durchschnittlich ca. 2 Mrd. DM jährlich gerechnet über die kommenden 10 Jahre. Die Unterfinanzierung der Bundeswehr ist nicht beseitigt.“ Soweit diese These. Zu ihrer Begründung lassen sich unterschiedliche methodische Vorgehensweisen heranziehen, auf die ich hier (aus Zeitgründen) nicht näher eingehen will. Bei dem Fehl von rund 2 Mrd. DM ist die Bezugsgröße der EPl 14 plus den 2 Mrd. DM aus dem EPl 60. Dabei handelt es sich um eine eher sehr vorsichtige Schätzung.

Die zweite These hängt unmittelbar mit der ersten These zusammen.



Wie üblich schlägt die Unterfinanzierung vor allem auf den investiven Bereich durch.

Meine 2. These lautet deshalb:

„Die investive Lücke wird sich absehbar vergrößern.“

Zu vermuten ist dies schon deshalb, weil bereits jetzt ein Investitionsstau von mindestens 20 Mrd. DM (so der Verteidigungsminister im ersten Halbjahr 2000) vorliegt und in den kommenden Jahren die vom Verteidigungsminister als notwendig angesehene Zielgröße einer Investitionsquote von 30% mit Sicherheit nicht erreicht werden kann.

Schon von daher kann sich die investive Lücke absehbar in der Perspektive der kommenden 10 Jahre nur vergrößern - es sei denn, man schafft es, neue kräftige Finanzquellen für die Investitionen zu erschließen.

Ich will an dieser Stelle auf die generelle Problematik der 30%- Zielgröße hinweisen. Meine ergänzende These ist hier, daß diese Kennzahl für die Erfassung des tatsächlichen Investitionsbedarfs im Grundsatz ungeeignet ist. Sie stammt als grobe Faustregel aus der Zeit des Kalten Krieges und es ist



schon etwas erstaunlich, wie unreflektiert und nahezu dogmatisch dieser alte Wert auf die gegenwärtige Situation übertragen und als politische Leitkennzahl verwendet wird.

Wenn schon mit solchen Kennzahlen gearbeitet wird, dann sollten zumindest andere Kennzahlen ebenfalls herangezogen werden. Das sind etwa die investiven Ausgaben je Soldat oder - wie in Sintra bei der Tagung der EU-Verteidigungsminister - der Anteil der verteidigungsinvestiven Ausgaben am BIP.

Nimmt man diese Kennzahlen, dann müßten unsere investiven Ausgaben zwischen 20 und 30 Mrd. DM liegen und nicht - wie z.Zt. - bei 11 Mrd DM.

Was die „30%- Zielgröße“ anbetrifft, so ist es auch vom finanzwirtschaftlichen Management her ziemlicher Unsinn, die investiven Ausgaben als Abhängige von den Betriebsausgaben anzusetzen - also mit einem festen Verhältnis 70 : 30 zu rechnen.

Zurück zur These: Was immer man von den üblichen Kennzahlen heranzieht - es bleibt dabei, daß es erheblich an Geld für Investitionen fehlt.



Die negativen Konsequenzen eines solchen Fehls sind bekannt.

Dies sind:

- funktionale Fähigkeitsdefizite
- erhöhte Verlustrisiken im Einsatz
- zu geringer Spielraum für Rationalisierungsinvestitionen und vor allem auch
- negative Wirkungen auf Motivation und Attraktivität.

Das Ergebnis ist dann, daß sehr unklar ist, ob die neuen Strukturen überhaupt mit dem notwendigen Personal und Material gefüllt werden können. Gegenwärtig sieht es leider nicht so aus und auch gute Strukturen nützen nichts, wenn sie unausgefüllt bleiben.

Ich erwähnte bereits, daß mit dem Geld des Verteidigungshaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung die Reform nicht angemessen finanzierbar ist.

Das sieht wohl auch der Verteidigungsminister so und bekanntlich macht Not erfinderisch, was ja keineswegs schlecht sein muß.

Es gibt deshalb neue innovative Elemente im Finanzmanagement der



Streitkräfte, mit denen die Finanznot zumindest gemildert werden soll.

Ich will drei davon kurz ansprechen:

Das erste sind die Erlöse aus dem Verkauf von Liegenschaften und Material, die dann zusätzlich dem Verteidigungshaushalt zugeführt werden sollen.

Die angestrebte Größenordnung liegt bei durchschnittlich 1 Mrd. DM jährlich über einen Zeitraum von zwei Jahren.

Das zweite ist die „strategische Partnerschaft“ mit der Industrie und drittens schließlich soll die neu gegründete Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB mbH) für mehr Wirtschaftlichkeit insgesamt sorgen.

Parallel und damit verknüpft laufen die Rationalisierungen über das AR/KLV- Projekt weiter.

Was ist hiervon nun zu halten?

Nun - grundsätzlich sehe ich diese Ansätze vom Management her positiv und es wäre falsch, diese Ansätze gleich mit zahlreichen und auch keineswegs unbegründeten Bedenken „kaputt“ zu reden.

Allerdings warne ich vor überzogenen Erwartungen. Vieles wird davon abhängen, wie diese Ansätze weiterentwickelt und ausgestaltet werden.



Ich will hier nun nicht auf betriebswirtschaftliche Einzelheiten eingehen (so spannend sie auch wären), sondern mich auf zwei grundsätzliche Bedingungen beschränken, die für den Erfolg dieser Strategie wichtig sind. Das eine ist ein professionelles und kompetentes Management auf der Amts- und GEBB- Seite, das möglichst so nach den Spielregeln operieren kann wie es bei privatwirtschaftlichen Unternehmen üblich ist und wie es die Märkte erfordern. Fehlt es an dieser Professionalität, dann ist die Gefahr groß, daß man von den privatwirtschaftlichen Unternehmen „über den Tisch“ gezogen wird. Bei aller „Partnerschaft“ bleibt es natürlich dabei, daß privatwirtschaftliche Unternehmen nur das machen, was Gewinn und eine gute Kapitalrendite bringt. Privatisierung und Outsourcing dürfen jedenfalls keine Ideologie sein. Jede Strategie und jeder Einzelfall müssen durchgerechnet werden und zwar auch in der langfristigen Perspektive. Die zweite grundlegende Bedingung ist die, daß alle, die damit zu tun haben, wissen müssen: Streitkräfte sind mehr als nur ein Betrieb. Wer nur den kalten Stern des Geldes und der ökonomischen Rationalisierung funkeln läßt, darf sich nicht wundern, wenn die Seele der Armee Schaden nimmt oder -nüchterner formuliert - die Armee nicht die Freiwilligen bekommt,



die sie braucht.

Der Verkauf einer attraktiven Liegenschaft in einer Großstadt kann sicherlich kurzfristig viel Geld in die Kasse bringen. Wenn dieses jedoch zu Lasten der Soldaten und ihrer Familien geht, dann kann der mittel- und langfristige Schaden erheblich größer sein als der kurzfristige Geldgewinn.

Notwendig sind deshalb stets sorgfältige Einzelfallprüfungen nach nicht nur finanzwirtschaftlichen Kriterien.

Was die angestrebte Größenordnung von 1 Mrd. DM anbetrifft, so halte ich es für wenig wahrscheinlich, daß dies bereits ab 2001 gelingt. Wenn es eine halbe Milliarde werden, dann wäre dies schon ein schöner Erfolg.

Zusammenfassend also zu den neuen innovativen Elementen - es handelt sich um positive Ansätze, deren Erfolg vor allem von den Ausgestaltungsbedingungen abhängen wird. Zu warnen ist allerdings vor überzogenen Erwartungen und der Annahme, daß damit die Finanzprobleme durchgreifend gelöst werden können.

Im übrigen ist es sehr problematisch, daß die erhofften Einnahmen bereits fest verplant sind und das Fell des Bären verteilt wurde, bevor er erlegt wurde. Jedenfalls darf es nicht zu einem neuen „Muddling- Through“ kom-



men, wenn die angestrebten Einnahmen oder auch Einsparungen dann ausbleiben.

Meine dritte These betrifft die Lasten- und Risikoteilung im Bündnis.

Sie lautet:

„Deutschlands Anteil an den Lasten ist unangemessen niedrig und gefährdet die Bündnissolidarität und Bündnisfähigkeit.“

Bei der Begründung dieser These möchte ich mich auf zwei Kennzahlen beschränken.

Das ist zunächst der Anteil der Soldaten an der Bevölkerung. Er liegt bei uns bei 0,4%. Wollten wir den Durchschnitt von NATO- Europa erreichen, so müßte die Bundeswehr eine Stärke zwischen 350.000 und 400.000 Soldaten haben, eher in Richtung 400.000.

Oder anders formuliert: Im Bündnisvergleich ist die neue Bundeswehr reichlich klein geraten.

Nun wird oft argumentiert, daß aber die Einsatzkräfte, die nun für Auslandseinsätze verfügbar werden, nahezu verdreifacht werden. Das trifft zu - aber nur, wenn der damals aus politischen Gründen begrenzt gehaltene



Umfang der sogenannten Krisenreaktionskräfte zum Vergleich herangezogen wird. Nimmt man als Meßlatte eine auf Auslandseinsätze hin optimierte „alte“ 340.000- Mann- Bundeswehr, dann relativiert sich diese Aussage erheblich. Gleiches gilt, wenn Reformvorschläge herangezogen werden, die eine geringere Gesamtstärke, aber deutlich mehr Freiwillige vorsehen.

Ob die jetzt vorgesehenen Krisenreaktionsfähigkeit ausreicht, gehört zu den unklaren Perspektiven. Ich habe da erhebliche Zweifel. Legt man den Balkankonflikt mit den damals ja nicht auszuschließenden Einsatz von Bodentruppen zugrunde, dann kann die nun vorgesehene personelle Krisenreaktionsfähigkeit der Bundeswehr und im übrigen auch NATO- Europas nicht als befriedigend und angemessen angesehen werden.

Die zweite Kennzahl, die ich heranziehen möchte ist die Verteidigungsquote - also der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP. Wollten wir hier den Durchschnitt von NATO- Europa erreichen, dann müßte unser EP1 14 statt der gegenwärtigen 46 Mrd. DM eine Höhe von über 65 Mrd. DM haben. In der Rangfolge der NATO- Staaten werden wir auf einen der letzten Plätze zurückfallen.



Zusammenfassend also: Im NATO- Vergleich gibt Deutschland erheblich zu wenig für die Verteidigung aus. Die vorgesehene personelle Stärke entspricht nicht seinem Bevölkerungsanteil.

Soweit zu den unklaren Perspektiven und Problemen.

Was ist noch zu tun?

Die Antworten hierauf sind aus der planerischen Sicht naheliegend.

Das Wichtigste ist eine solide Ermittlung des tatsächlichen Finanzbedarfs und finanzielle Planungssicherheit. Kriterium muß dabei sein, die vorgesehenen Strukturen so rasch wie möglich mit qualifiziertem Personal und dem für die Fähigkeiten erforderlichen Material zu füllen.

Um dies - und insbesondere eben die finanzielle Planungssicherheit zu erreichen - halte ich mehreres für notwendig.

Das ist zunächst eine Anschubfinanzierung.

Wenn die Reform zügig umgesetzt werden soll (und dies halte ich für notwendig), dann braucht man rasch erst einmal das für eine solche Reform nötige Geld.

Mit den Mitteln einer solchen Anschubfinanzierung sind vorrangig drei



Aufgaben abzudecken. Das sind:

- die konzeptionell richtig gesetzten Schwerpunkte beim Personal
- das Beseitigen der funktionalen Defizite, die ja ausführlich in der Bestandsaufnahme des BMVg dargestellt sind und schließlich
- die Rationalisierungsinvestitionen, die zunächst immer erst einmal zusätzliche Mittel erfordern.

Hinzu kommen dann weitere Ausgaben, die regelmäßig bei großen Reformen anfallen - etwa für die Konversion von Personal, Gerät und Standorten.

Eine Anschubfinanzierung halte ich auch deshalb für wichtig, weil es ein sehr positives Signal für alle Soldaten und auch potentielle Bewerber wäre.

Von daher müßte die jetzige Finanzplanung geändert werden. Statt einer kontinuierlich sinkenden Finanzlinie müßte nun in den kommenden Jahren der Plafond deutlich erhöht werden. Später könnte er dann gegebenenfalls wieder abgeflacht werden. Von den überraschend hohen Einnahmen etwa aus den Frequenzverkäufen - über 100 Mrd. DM, von denen nur 20 Mrd. DM verplant waren - hätten einige Milliarden gut für eine solche Anschub-



finanzierung genutzt werden können. Wegen des überwiegend investiven Charakters der Anschubfinanzierung wären die positiven volkswirtschaftlichen Wirkungen vermutlich höher gewesen als die vergleichbare Wirkung der Schuldentilgung, für die das für eine Anschubfinanzierung erforderliche Geld nun verwendet wurde. Selbst von den eingesparten Schuldzinsen (ca. 5 Mrd. DM) erhielt die Bundeswehr im Gegensatz zu anderen Ressorts nichts. Offensichtlich fehlte der politische Wille und die Bereitschaft für eine solche Anschubfinanzierung. Die Finanzprobleme der Bundeswehr wurden und werden als nachrangig angesehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist neben der Anschubfinanzierung die Sicherung der vorgesehenen investiven Ausgaben. Hier hatten wir in der Vergangenheit regelmäßig erhebliche Substanzverluste durch Lohnrunden, Inflation und Währungsverluste, die die dann auf den investiven Bereich durchschlagen. Ich plädiere deshalb für einen gesonderten Personalhaushalt und den Ausgleich von Inflations- und Währungsverlusten.

Gleiches gilt für die einsatzbezogenen Mehraufwendungen. Wenn diese jeweils aus dem EPl 14 zu erwirtschaften sind, dann sind Einbrüche bei den



Investitionen so gut wie unvermeidbar. Einsatzbezogene Mehraufwendungen - die ja nicht im voraus genau kalkulierbar sind - sollten deshalb grundsätzlich zusätzlich bereitgestellt werden. Jedenfalls dürfen sie sich nicht negativ auf die Ganzheitlichkeit der Reformplanung auswirken.

Zu diesem Punkt gehört auch, daß die einbezogenen Mehraufwendungen erhalten bleiben, solange die Truppe auf dem Balkan im Einsatz ist. Gegenwärtig gilt die Zusage nur bis 2004.

Zum Zivilpersonal:

Bekanntermaßen sieht die Planung die Umfangsreduzierung bei den Soldaten schon in den kommenden Jahren vor. Dagegen wird die Realisierung der vorgesehenen Verringerung bei den zivilen Mitarbeitern über 15 Jahre gestreckt. Ich bin mir der Bedeutung der Sozialverträglichkeit sehr wohl bewußt. Dennoch halte ich es für geboten, eine Verkürzung dieses Zeitraumes zumindest zu prüfen. Sonst bleiben die Personalkosten für eine lange Zeit noch sehr hoch.

Alles dies zusammengenommen spricht aus meiner Sicht für ein Programmgesetz, dessen Ziel es vor allem sein muß, die Reform als Ganzes



klar und eindeutig finanziell abzusichern und dem „Muddling- Through“ ein Ende zu setzen.

Ich kann allerdings auch diejenigen verstehen, die sagen: Besser ein „Muddling- Through“ über die nächsten Jahre als ein Programmgesetz, das die gegenwärtige Finanzlinie der Streitkräfte festschreibt.

Was ist sonst noch zu tun? Eine ganze Menge, von der ich aber nur zwei Bereiche ansprechen möchte.

Der eine Bereich ist modernes Management einschließlich der bereits erwähnten Ansätze für neue finanzwirtschaftliche Strategien und Rationalisierungen. Die hier erfreulicherweise eingeschlagene Richtung sollte konsequent weiterverfolgt werden - allerdings unter Beachtung der von mir bereits genannten Bedingungen. Wir brauchen hier hohe Professionalität und dies nicht nur bei wenigen Spezialisten. Und leitend dürfen nicht nur monetäre Kriterien sein.

Der andere Bereich sind die vielen noch ausstehenden Einzelentscheidungen der Feinausplanung, wozu ja auch die Standortentscheidungen gehören.



Handlungsbedarf besteht ebenfalls bei der Organisation des BMVg und der neuen Streitkräftebasis. Die neuen Organisationselemente müssen rasch auf eine klare Kompetenzlinie gebracht werden. Sonst drohen Zersplitterung, Redundanzen und überflüssige Kompetenzrängeleien.

Ein Weiteres kommt dann hinzu. Nach der Entscheidungsphase wird es eine Umsetzungsphase geben und in dieser Phase, die ja nächstens kommt, braucht die Bundeswehr eines vor allem nicht - und das sind Hektik und ständig neue Entscheidungen. Sie braucht dann eine ruhige Phase, in der das Modell realisiert wird und Erfahrungen gesammelt werden. Erst danach dann sollten diese Erfahrungen breit, intensiv und öffentlich diskutiert werden. Nach all den Unsicherheiten braucht die Bundeswehr nun ein Stück Ruhe.

Meine Damen und Herren,

meine Antwort auf die Frage, was noch zu tun ist, bezog sich im wesentlichen auf Bereiche innerhalb der vorliegenden Reformplanung.

Nicht angesprochen habe ich dabei das Problem der Lastenteilung im

Bündnis. Dies läßt sich nur lösen, wenn die z.Zt. vorgesehene Finanzlinie



verlassen wird und vor allem die investiven Ausgaben deutlich stärker erhöht werden als dies vorgesehen ist. Dies ist natürlich eine politische Grundsatzentscheidung, die aber manches für sich hätte. Dazu zählt eben auch, daß verteidigungsinvestive Ausgaben sehr positive Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum haben können.

Ich schließe mit einer grundsätzlichen Bemerkung, die über den engeren Rahmen der Streitkräfteplanung hinausgeht.

Erklärtes übergeordnetes Ziel der Reformplanung ist es, die neue Bundeswehr weit stärker als bisher auf die Aufgabe der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung auszurichten. Dies ist aber nicht nur eine Sache der Streitkräfteplanung.

Von zumindest genauso großer Wichtigkeit sind zwei Bereiche, die allerdings mit den genannten Problemen in einem sehr engen Zusammenhang stehen.

Das eine ist der Bereich der Motivation, der Attraktivität und des Selbstverständnisses der Soldaten. Seit 1990 befindet sich die Bundeswehr in einem Prozeß, der durchzogen ist von „Wehrreformen“. Neue Strukturplanungen werden entworfen, bevor die vorangegangenen realisiert sind. Beständig



war allein die Unterfinanzierung. Viele seit 1990 bekannte Probleme blieben ungelöst oder konnten nur mit Behelfen gelöst werden, die meist zu Lasten der Soldaten und ihrer Familien und auch der zivilen Mitarbeiter gingen. Gegenwärtig ist unverändert vieles unklar, die anstehenden Probleme sind nicht geringer geworden. Zugleich steht die Bundeswehr in einem Einsatz zur Krisenbewältigung, der viel von ihr fordert. Mancher Soldat hat das Gefühl, daß in der deutschen Öffentlichkeit diese Leistung nicht so gewürdigt wird, wie sie es verdient. Vertrauensverluste und Glaubwürdigkeitsdefizite sind so unvermeidbar und können rasch zu der Frage führen, ob es eine richtige Entscheidung ist, als Soldat dem deutschen Volk zu dienen. Es ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Dienens und auch nach der persönlichen Perspektive. Die Abstimmung hierüber erfolgt sehr einfach - sie ist ablesbar an der Zahl und Qualität der Bewerber. Und auch bei den aktiven Soldaten sollte nie übersehen werden, daß Einsatzbereitschaft mehr ist als nur der Klarstand der Geräte und der Ausbildungsstand. Deshalb ist es wichtig, so rasch wie möglich das, was es an Vertrauensverlusten und Glaubwürdigkeitsdefiziten gibt, auszuräumen. Der andere Bereich sind unsere Mitbürger. Hier kommt es darauf an, daß



die Bürger hinter den neuen Aufgaben der Bundeswehr stehen und wissen, welche Bedeutung den Streitkräften in einer unruhigen Welt zukommt. In der öffentlichen Diskussion ist die Sicherheitspolitik ein nachrangiges Thema. Ihr Stellenwert in den Medien ist - auch in den öffentlich- rechtlichen Fernsehanstalten - relativ gering. Überwiegend beschränkt sich die Berichterstattung kritisch auf punktuelle Ereignisse in der Bundeswehr. Über die Reformplanung der Bundeswehr - auch etwa über den Bericht der Weizsäcker- Kommission - wurde nur kurz diskutiert und dies auch noch stark verengend meist auf die Frage der Wehrpflicht beschränkt. Die Risiken, die mit den globalen Trends verbunden sind, finden kaum Interesse und sind wenig bekannt. Sicherlich gibt es einzelne Institutionen und Gruppen, die sich intensiv mit sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen, der breite gesellschaftliche Diskurs fehlt jedoch. Meine Vermutung ist deshalb, daß es auch hier noch eine Menge zu tun gibt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.